

Alois Glück  
Ein Diskussionsbeitrag

## ***Eine neue Etappe der Globalisierung***

### ***Die Flüchtlinge/Migranten markieren einen historischen Veränderungsprozess zur internationalen Schicksalsgemeinschaft***

*Wollen wir den Wandel gestalten oder den Wandel erleiden?*

Alle großen Veränderungsprozesse lösen Ängste und Abwehrreaktionen aus. Dies haben wir in der Nachkriegszeit bei den damaligen Flüchtlingsströmen und beim tiefgreifenden Strukturwandel in der Entwicklung zur Industriegesellschaft erlebt. Der Prozess der Wiedervereinigung war mit vielen Ängsten und Abwehrhaltung verbunden. Bei einer Volksbefragung in der Bundesrepublik hätte es dafür keine Mehrheit gegeben!

Große Ängste kamen wieder bei der großen Zahl von Spätaussiedlern aus Rumänien und aus Russland. Die EU-Erweiterung mit der Öffnung des Arbeitsmarktes nach Osten, mit der Konkurrenz zu Billigstandorten, setzte wieder viele Ängste frei.

Gegenwärtig ist wieder eine große Gefahr, dass die natürlichen und verständlichen Ängste vieler Menschen über die Auswirkungen der Flüchtlingsströme lähmen, verunsichern - und diese Angst auch instrumentalisiert wird.

Die Aufgabe, die Bringschuld der Menschen in Führungsverantwortung in allen Bereichen ist es, Zusammenhänge und Ursachen dieser Entwicklung verständlich zu machen.

Dafür ist Voraussetzung die Offenheit sich mit diesen Ursachen und den Veränderungsprozessen entsprechend auseinander zu setzen, „dicke Bretter“ zu bohren in der Erfassung dieser komplexen Sachverhalte und die Sachverhalte dann verständlich vermitteln. Die Flüchtlingskrise ist für die nationale und internationale Politik schwieriger zu gestalten als die Finanzkrise. Bei dieser wussten alle, wir sitzen in einem Boot.

Da es sich um eine bislang so nicht bekannte Entwicklung handelt, sind wir dabei alle auch Lernende und die Entwicklung ist ein Lernprozess. Es gibt keine Patentrezepte. Wenn diese Führungsaufgabe nicht geleistet wird, gibt es in der Bevölkerung zwei Reaktionsmuster:

Ein Sündenbock muss gefunden werden (für viele momentan Bundeskanzlerin Angela Merkel) oder Verschwörungstheorien verbreiten sich.

Beide Entwicklungen blockieren rationales Handeln und verhindern vor allem die Bereitschaft, einen anstrengenden Weg mitzugehen.

Der Weg in die Zukunft wird in jedem Fall ein anstrengender Weg. Mit diesem Realismus müssen wir unsere Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpfen.

*Eine neue Etappe der Globalisierung und der Internationalisierung unseres Lebens.  
Wir werden täglich mehr eine Schicksalsgemeinschaft.*

Wir zählen zu den großen Gewinnern der Globalisierung. Die Erschließung der Weltmärkte ist wesentliche Grundlage unseres Wohlstandes. Dies ist uns nicht geschenkt, sondern Ergebnis der Tüchtigkeit der Menschen, der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Die Politik hat dafür immer wieder die richtigen Weichen gestellt, damit sich diese Tüchtigkeit im Zusammenwirken von wissenschaftlich-technologischem Fortschritt, unternehmerischem Handeln und der Tüchtigkeit der Arbeitnehmerschaft entwickeln konnte.

Unser Wohlstand begründet sich aber auch auf einer weltweiten Arbeitsteiligkeit, bei der wir in den Wertschöpfungsketten zu den jeweils günstigsten Preisen in den verschiedensten Regionen der Welt eingekauft haben. Dies gilt, um Beispiele zu nennen, für Textilien ebenso wie für die Gewinnung wichtiger Rohstoffe für hoch technologische Produkte.

Eine Auswirkung dieser arbeitsteiligen Wirtschaft ist aber auch die Ausbeutung von Menschen in anderen Regionen dieser Welt und die Zerstörung vieler Lebensräume.

Wir müssen nun realistisch zur Kenntnis nehmen, dass wir mit der weiteren Entwicklung nicht mehr nur Gewinner der Globalisierung sind, sondern immer mehr und unentrinnbar (!) auch Betroffene und Beteiligte der zunehmenden Krisen und Konflikte in der Welt! Die Weltbevölkerung wird in wechselseitiger Abhängigkeit immer mehr zu einer Schicksalsgemeinschaft!

Der Klimawandel ist dafür ein Beispiel – in der unmittelbaren Betroffenheit aber für viele noch abstrakt und deshalb nicht mobilisierend im Hinblick auf die Konsequenzen.

Unser Wohlstand, unsere Lebenssituation ist immer mehr von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in anderen Regionen der Welt abhängig.

Das Internet verändert die Welt in einem Ausmaß und mit Folgen, wie wir uns das nicht vorstellen konnten.

- Ohne Internet wären dieser Welthandel und unser Wohlstand nicht möglich.
- Ohne Internet wäre der international organisierte Terrorismus nicht möglich.
- Ohne Internet mit der entsprechenden Kommunikation gäbe es die Flüchtlingsströme nicht.

Wir wissen immer mehr voneinander und daraus entstehen immer mehr Konflikte.

Die Verlierer der bisherigen Entwicklungen wissen um unsere Lebenssituation und sind nicht mehr bereit, dies einfach hinzunehmen.

Wer der jetzigen Entwicklung nur mit Verdrängung oder Abwehr begegnen will, wird immer mehr Getriebener werden.

Kein Land dieser Erde, auch keine der „Großmächte“, kann diese Entwicklungen im Alleingang wesentlich beeinflussen.

*Eine Begrenzung der Flüchtlingsströme und eine Differenzierung im Hinblick auf die Aufnahme ist unabweisbar notwendig – aber die Verpflichtung gegenüber den Nöten dieser Menschen bleibt!*

Wir erleben gegenwärtig die Kehrseite der Anziehungskraft unseres Landes. Alle Dauerkritiker an unserem Gemeinwesen und der Unvollkommenheit der Politik frage ich, wo sie ein Land sehen, das als Staat, als Rechtsstaat, als Demokratie, in der politischen Stabilität, in der wirtschaftlichen Entwicklung und in den Zukunftsperspektiven der Menschen in einer besseren Situation ist wie Deutschland. Aber eben diese herausragende Situation ist die Hauptquelle der Anziehungskraft Deutschlands für die Flüchtlinge.

Auch ein so starkes Land kann kulturell, sozial, ökonomisch und staatspolitisch nicht eine unbegrenzte Zahl von Menschen aufnehmen, vor allem auch, wenn dies mit einer sehr viel anderen kulturellen Prägung verbunden ist. Jede Differenzierung und Begrenzung ist unausweichlich auch mit menschlichen Härten verbunden. Trotzdem ist diese notwendig. Nach unserem Wertemaßstab muss jeder, der zu uns kommt, entsprechend Art. 1 GG „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, mit Achtung und Respekt behandelt werden. Auch derjenige, der bei uns nicht bleiben kann.

Es dürfte unstrittig sein, dass im Hinblick auf die Steuerung und die Begrenzung der Flüchtlingsströme dauerhaft wirksam nur international abgestimmte Maßnahmen sein können. In der komplexen und widersprüchlichen Welt ist dies langwierig – und trotzdem der einzige erfolgversprechende Weg.

Es ist gleichzeitig die große Bewährungsprobe für die Zukunft der Europäischen Union.

Angesichts dieser mühsamen und langwierigen Prozesse ist der Ruf nach einem nationalen Alleingang bei der Begrenzung immer lauter.

Ich vermag mir nicht vorzustellen (und will es mir auch nicht vorstellen), wie dann die konkrete Situation an der Grenze zu Österreich aussehen soll und würde. Bundespolizei im Kampfeinsatz gegen Flüchtlinge? Bilder wie aus Ungarn an der deutschen Grenze?

Ob nationale Obergrenze oder international vereinbarte Kontingente, in jedem Fall wird eine Größenordnung für die Begrenzung definiert werden müssen. Das Schicksal derer, die wir nicht aufnehmen können, abweisen müssen, darf uns aber nicht egal sein. Das ist der Testfall für das „christliche Abendland“ und für die „Wertegemeinschaft Europäische Union“. Begrenzung der Zuwanderung und verstärktes Engagement für die Not dieser Menschen müssen miteinander verbunden sein. Im Sinne der Solidarität ist dann dazu aber auch eine entsprechend wirksame Hilfe in den Flüchtlingslagern und – soweit möglich – in den Herkunftsländern notwendig.

Nur in dieser Verbindung werden humane „Lösungen“ möglich sein.

### *„Realisten“ contra „Idealisten“ – und umgekehrt?*

Die Flüchtlingsströme haben in unserer Gesellschaft bereits einen Veränderungs- und Freisetzungprozess in Gang gesetzt.

Eine Hilfsbereitschaft, ein bürgerschaftliches Engagement wie es niemand erwartet hat! Eine großartige Kraft in unserer Gesellschaft, ein Hoffnungszeichen über dieses Thema hinaus!

Andererseits: Fremdenhass, Hass gegenüber Verantwortlichen in Gesellschaft und Politik, die sich der Aufgabe einer humanen Begegnung und Aufnahme der Flüchtlinge widmen, der erschreckend ist. Eine Radikalisierung im Denken, Sprechen und Handeln, die alarmiert. Auch über das Thema Flüchtlinge hinaus!

Gewissermaßen dazwischen ist die große Mehrheit der Bevölkerung, die mit berechtigter Sorge und sehr viele auch mit wachsenden Ängsten im Hinblick auf die Auswirkungen in unserer Gesellschaft die Entwicklung beobachten. Umfragen belegen aber auch, dass die große Mehrheit zu den Flüchtlingen/Migranten eine grundsätzlich positive Einstellung hat.

Die „Willkommenskultur“ zeigt sich im entsprechenden Umgang mit den Flüchtlingen. Diese innere Haltung motiviert und trägt die Ehrenamtlichen, aber ebenso viele in der politischen Verantwortung und in den Verwaltungen.

Die „Willkommenskultur“ wird aber in der politischen Diskussion von immer mehr Akteuren abgewertet, ihre Haltung und ihr Handeln als Ursache für den Flüchtlingsstrom gesehen. Immer mehr engagierte Ehrenamtliche fühlen sich von diesen Reden diskriminiert und abgewertet. Es ist auch irreführend und falsch bei dieser Debatte dann nach „Gesinnungsethik“ (die Idealisten) und „Verantwortungsethik“ (die in der politischen Verantwortung eben auch Entscheidungen treffen müssen) zu unterscheiden.

Auch die „Idealisten“ in den Helferkreisen handeln aus Verantwortung gegenüber anderen Menschen. Und auch die Politiker und Mitarbeiter in den Verwaltungen, die nach Begrenzung rufen, weil sie mit wachsenden Schwierigkeiten in den praktischen Fragen der Logistik und der Unterbringung kämpfen, haben eine „Gesinnungsethik“ und „Verantwortungsethik“, die sich in humanitärer Haltung gegenüber den Flüchtlingen und in der besonderen Verpflichtung für das Gemeinwesen zeigt. In den vergangenen Monaten haben die ehrenamtlich Engagierten und die Kommunalpolitik hauptsächlich die Last der Aufgabe getragen und die Funktionsfähigkeit des Staates erhalten.

Natürlich gibt es unterschiedliche Rollen und Aufgaben. Das gilt nicht nur für die Einzelnen, sondern auch für die spezifischen Aufgaben der christlichen Kirchen. Zum Wesentlichen des christlichen Glaubens gehört die Aussage von Jesus: „Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, habt ihr mir getan.“ Im Evangelium ist der Fremde, der Flüchtling, der Testfall der christlichen Haltung. Papst Franziskus fordert die Katholiken auf, „an die Ränder“ zu gehen, zu Armen, den Hilfsbedürftigen.

Die christlichen Kirchen und die Christen müssen die Anwälte der Hilfsbedürftigen sein. (Die Religionen in Asien tragen keine Sozialwerke.) Diese Botschaft hat die Gesellschaften Europas wesentlich geprägt. Damit auch die Identität Europas.

## *„Leitkultur“ – was hält unsere Gesellschaft zusammen?*

Diese Frage, diese Aufgabenstellung, hat uns schon vor vielen Jahren intensiv herausgefordert.

Der Begriff „Leitkultur“ stammt von Professor Bassam Tibi, der Muslim und deutscher Staatsbürger ist. In seinen Büchern und bei einer Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion im Januar 1999 hat er dargelegt, warum er eine „europäische Leitkultur“ als Orientierung für Zuwanderer für zwingend notwendig hält.

Bassam Tibi betont dabei den Begriff „europäische Leitkultur“, weil „christliche Leitkultur“ nicht die ganze Wirklichkeit in Europa und das Selbstverständnis der Europäer beschreibe. Navid Kermani, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, drückt es so aus: „Will man in Westeuropa ein Wir schaffen, reicht das Christentum als Identitätskitt nicht aus. Besser eignen sich Aufklärung und Säkularität, um sich von anderen Kulturen und speziell vom Islam abzugrenzen.“

(„Wer ist Wir?“ C. H. Beck 2015) Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

(Angesichts der Kommerzialisierung christlicher Feste wie Advent, Weihnachten, ist es auch ratsam, mit dem Begriff „christliches Land“ und „christliche Leitkultur“ ehrlich und vorsichtig umzugehen.)

Für die Entwicklung, die Identität Europas, ist das Christentum jedenfalls prägend.

Der Begriff „Leitkultur“ führte zu heftigen Debatten, er ist für viele „verbraucht“. Ob mit oder ohne diesen Begriff – eine erfolgreiche Integration setzt voraus, dass wir uns mit den damit verbundenen Fragen unserer eigenen Maßstäbe, unserer eigenen Werte, intensiv auseinandersetzen. Allgemeine Formulierungen wie „christliche Werte“, oder „westliche Werte“ führen nicht weiter. Wie hohl die Wortwaffen „christliches Abendland“ und „Islamisierung“ sind, zeigen sich bei den Pegida-Demonstrationen.

Die große Aufgabe der Integration der Flüchtlinge / Zuwanderer aus anderen Kulturen und Religionen (wobei die kulturelle Prägung aus dem Herkunftsland meistens bedeutsamer ist wie die Religion) kann nur gelingen, wenn wir als erstes mit einer Selbstvergewisserung darüber beginnen, was uns wirklich wichtig ist, was unveränderbar bleiben muss.

Gewiss können wir uns rasch darauf verständigen, dass dies die grundlegenden Aussagen unseres Grundgesetzes sind. Die Würde des Menschen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Meinungsfreiheit, der Rechtsstaat, der mit seinen Gesetzen für das Zusammenleben über den religiösen Gesetzen steht, um nur einige Beispiele zu nennen.

Dies müssen wir gegenüber den Menschen aus anderen Kulturen klar markieren, klar positionieren. Dafür ist die Übersetzung in ihre Landessprache hilfreich, reicht aber nicht aus. Dies müssen wir den Menschen aus ganz anderen Kulturen und Denkweisen auch verständlich und zugänglich machen.

Vor allem müssen wir diese Werte auch überzeugend vertreten und leben! Nur so haben sie Anziehungskraft und sind sie nicht nur eine formale Verständigung für unser Zusammenleben. Das ist schon ein wichtiger, ja entscheidender Maßstab, aber nicht ausreichend.

„Eine Gesellschaft, die ihre eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln nicht pflegt, die ihr Land und ihre Identität nicht bejaht, eine Gesellschaft, die nicht mit eigenen Kindern optimistisch und pragmatisch nach vorne schaut, eine solche Gesellschaft reagiert auf Veränderung eher ängstlich. Vor allem wird sie als Integrationsziel für die Hinzukommenden auf Dauer nicht anziehend, nicht ansteckend wirken. Gelingende Einwanderungskulturen sehen anders aus.“ (Udo die Fabio, „Welt aus den Fugen“, FAZ 14.9.2015)

Navid Kermani, setzt sich mit seinen eigenen Erfahrungen – mit der Kultur seiner Herkunft aus dem Iran und seinem Leben in Deutschland – intensiv auseinander.

„Einwanderung solchen Ausmaßes verläuft niemals glatt, sie ruft immer auch Spannungen hervor, Ängste, die berechtigt, Konflikte, die real sind. Dies berücksichtigt, ist die Eingliederung von Millionen Menschen aus einer größtenteils sehr fremden, ländlich-islamisch geprägten Welt in Deutschland vergleichsweise gut gelungen – und das, obwohl es über Jahrzehnte keinerlei Integrationspolitik gab, man im Gegenteil mit der Rückkehrprämie bis in die achtziger Jahre eher von einer Integrationsverweigerungspolitik sprechen müsste. ( ... ) Es wäre verhängnisvoll, würde man solche und noch weit größere Konflikte, die das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in unseren Städten mit sich bringt, nicht offen aussprechen. Nur so können sie so engagiert angegangen werden wie in der katholischen Grundschule, wo wir unsere Tochter später einschulden. ( ... ) Gelernt habe ich allerdings auch, dass Integration dort gelingt, wo die heimische – also auf der Schule meiner Tochter: katholische und köll'sche Kultur nicht schamhaft in den Hintergrund gerückt, sondern gepflegt und selbstbewusst vertreten wird. Aus Furcht vor den Reaktionen muslimischer Eltern nicht mehr Advent zu feiern, wie es in manchen Kindergärten oder Schulen geschieht, ist mit Sicherheit das falsche Signal. Es geht nicht darum, sich selbst zu verleugnen, sondern den anderen zu achten. Wer sich selbst nicht respektiert, kann keinen Respekt erwarten.“ („Wer ist Wir?“)

Kermani führt auch aus, dass Integration nicht gelingen kann, wenn diejenigen, die sich integrieren sollen, die Erfahrung machen, dass sie eigentlich unerwünscht sind.

Nicht von ungefähr haben wir schon jenseits dieser aktuellen Fragestellungen und der Zuwanderung immer wieder darüber diskutiert, „was uns zusammenhält“.

Jede Analyse zeigt eine große Vielfalt in unserer Gesellschaft im Hinblick auf Lebensstile, Wertprioritäten, Gestaltung des eigenen Lebens.

Was bedeutet dies im Hinblick auf die Menschen aus anderen Kulturen?

Es wird wichtig sein zu unterscheiden zwischen dem Anspruch auf Integration und einem Verlangen nach Assimilation, was bedeuten würde, sie müssten ihre eigenständigen Prägungen aufgeben, sich von ihren kulturellen Wurzeln, ihrer Identität lösen. Als Entwurzelte werden sie sich nicht integrieren. Im Gegenteil: das ist der Nährboden für Radikalismus.

Die Aufgabe der Integration hat mehrere Dimensionen.

- Die soziale Dimension im Hinblick auf die Auswirkungen auf den Sozialstaat, auf das Sozialverhalten in unserer Gesellschaft, auf mögliche Konkurrenzen in den unteren Einkommensgruppen.
- Die kulturelle Dimension im Hinblick auf das gesellschaftliche Leben und Zusammenleben.

- Die sicherheitspolitische Dimension mit Blick auf die radikalen Kräfte im Islam – und im rechten Rand unserer Gesellschaft.
- Die finanzielle und ökonomische Dimension im Hinblick auf die Kosten der Integration.

Die ökonomischen Kosten der Integration sind gleichzeitig eine Investition für die anhaltende Stabilität unseres Gemeinwesens und unseres Staates.

Dies ist „alternativlos“!, weil wir die Alternative keiner Zuwanderung oder nur einer geringen Zuwanderung realistischer Weise nicht haben und mit der jetzigen Zuwanderung die Situation schon so weit gegeben ist.

Auch dies muss gegenüber der Bevölkerung verständlich gemacht werden.

In der politischen Debatte geht es auch um eine präzise Unterscheidung zwischen konservativ und rechtsextrem, zwischen Patriotismus und Nationalismus.

### *Der Islam in Deutschland und in der Welt.*

Eine der wesentlichen Ursachen der gegenwärtigen Krisen und Konflikte in der Welt sind die schweren Konflikte innerhalb des Islam. Diese Konflikte, etwa zwischen Sunniten und Schiiten, haben eine lange Tradition und sind in der aktuellen Situation vor allem auch ein Machtkampf um die Vorherrschaft in Regionen. Es ist vor allem auch ein Konflikt zwischen dem Iran und Saudi Arabien.

Der radikale Islamismus hat seinen ideologischen und finanziellen Ursprung und Förderer in Saudi-Arabien, im Wahhabismus.

Die innere Zerrissenheit des Islam ist nicht nur Ursache für Konflikte in verschiedenen Regionen, dies ist auch ein wichtiges Thema für den Islam in Deutschland. Mit den Muslimen ist der Islam eine Wirklichkeit der Gesellschaft und des Lebens in unserem Land. Aber nicht jede Ausprägung des Islam kann akzeptiert werden. In diesem Sinne gehört der Islam zum heutigen Deutschland.

Mit dem gegenwärtigen Zustrom von Flüchtlingen / Migrantinnen kommen viele Muslime mit einer anderen kulturellen und religiösen Prägung als die große Mehrheit der ca. vier Millionen Muslime in Deutschland.

Dies ist auch eine nicht einfache Situation für die hiesigen Moscheegemeinden.

In der allgemeinen Wahrnehmung, in der öffentlichen Berichterstattung, ist der Islam vor allem mit Problemen der Gewalt präsent. Damit löst der Islam schon bisher bei vielen Menschen Ängste aus. Der Zustrom von Muslimen aus anderen Kulturen verstärkt dieses Gefühl.

Deshalb ist gerade zum Gesamtthema Islam eine offene und intensive Debatte notwendig. Das erste und wichtigste ist dabei die Bereitschaft zur Differenzierung. Dies setzt entsprechende Kenntnisse voraus. Diese Differenzierung sind wir auch den hier schon lebenden Muslimen schuldig, die – wie alle Untersuchungen zeigen – in ihrer überwältigenden Mehrheit in Übereinstimmung mit unserem Grundgesetz ihr Leben und unser Zusammenleben gestalten. Sie sind in unserer Arbeitswelt, gerade auch in

dem Bereich der Dienstleistungen, wichtige Leistungsträger, eine Selbstverständlichkeit und in aller Regel funktioniert die Zusammenarbeit ohne besondere Konflikte. Genauso gilt, dass gegenüber den radikalen Strömungen und Positionen, wie etwa den Salafisten, höchste Wachsamkeit und konsequentes Handeln des Rechtsstaates notwendig ist.

Mit der nun rasch wachsenden Zahl von Muslimen in Deutschland ist eine offene, ehrliche und intensive Debatte über die die Situation, die Perspektiven und notwendige Entscheidungen notwendig.

Für diesen Weg müssen wir vor allem mit den Muslimen und ihren Repräsentanten aktiv zusammenarbeiten, die sich in den vergangenen Jahren mit ihrem Verhalten und ihrem Engagement als verlässliche Partner ausgewiesen haben.

Notwendige Veränderungen innerhalb des Islam können wir nicht von außen erzwingen, aber durch die Stärkung dieser Kräfte fördern.

Die Angst vor einer „Islamisierung“ unseres Landes ist vor allem Ausdruck der eigenen Unsicherheit über unsere Werte, Ausdruck einer verunsicherten und oft in sich zerrissenen Gesellschaft.

Die etwa 4 Millionen Muslime in Deutschland und ca. 15 Millionen Menschen mit „Migrationshintergrund“ sind nicht die Ursache für manche Defizite und Problemstellungen unserer Gesellschaft.

Diese grundsätzlich positive Bilanz darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir viele ungelöste Problem- und Aufgabenstellungen haben, für die nun mehr denn je ein Klärungsprozess notwendig ist. Wir haben diese Aufgabenstellung immer wieder verdrängt.

Durch die Zersplitterung in verschiedenen Verbänden und dem geringen Organisationsgrad der Muslime in Deutschland fehlt es an autorisierten Gesprächs- und Verhandlungspartnern.

Wer ist z. B. der Partner für die Ausgestaltung des Unterrichts über den Islam in den Schulen?

Die Organisationsstruktur der Muslimverbände ist in vieler Beziehung Ausdruck ganz unterschiedlicher religiöser, gesellschaftlicher und auch politischer Strömungen. Der größte Verband – DITIB – ist eng mit den jeweils Regierenden in der Türkei verbunden. In den Moscheen wirken zu viele Imame, die mit der hiesigen Kultur nicht vertraut sind.

Die inneren Spannungen im Islam werden immer wieder spürbar, wenn es um die Etablierung der Islamwissenschaften in den Hochschulen geht.

Bezogen auf die bisherige Situation ist also eine offene und aktive Gestaltung der Themenbereiche Islam in unserer Gesellschaft, Beziehung der Religionsgemeinschaft zu den Strukturen unseres Staates dringend notwendig.

Die Zuwanderung von Muslimen anderer kultureller und religiöser Prägung ist nun gleichzeitig auch noch eine große Aufgabe und Herausforderung für die bestehenden Moscheegemeinden.

Zu einer überlegten Integrationspolitik gehört also zwingend die offene, intensive und konstruktive Gestaltung all der Themenbereiche, die mit der Realität des Islam in



Deutschland und mit der zwingenden Notwendigkeit gemeinsam den Weg in die Zukunft zu gestalten, verbunden sind.

Damit sich diese Situation mit der neuen Zuwanderung von Muslimen nicht verändert, ist eine intensive Befassung mit dem Islam und eine zielgerichtete und tragfähige Integrationspolitik notwendig.

### *Die Bekämpfung der Fluchtursachen*

„60 Millionen Flüchtlinge auf unserem Planeten Erde schreien die Ungerechtigkeit der Welt förmlich heraus. Wir müssen endlich begreifen, dass wir die Herausforderungen auf unserem Planeten nur gemeinsam oder gar nicht lösen können. Wir sitzen sprichwörtlich alle in einem Boot! Es gibt nicht mehr länger eine erste, zweite oder dritte Welt. Es gibt nur noch eine Welt, für die wir gemeinsam Verantwortung tragen!“

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, Bayernkurier, 5/2015.

Es ist unklar, was den in diesem Jahr plötzlich so stark wachsenden Flüchtlingsstrom verursacht hat. Es ist zu vordergründig in den Gesten der Willkommenskultur am Beispiel Empfang am Hauptbahnhof in München die eigentliche Ursache zu sehen, auch wenn diese Bilder um die Welt gingen. (Diese demonstrative Willkommenskultur war eine Antwort auf die bedrückenden Bilder an der ungarischen Grenze!)

In dem Gesamtkomplex gibt es fatale Mechanismen. Die Rettungsaktionen auf dem Mittelmeer haben gleichzeitig zu zusätzlichen Anreizen für das Wagnis dieses Weges geführt.

Die Ankommenden berichten über eine humane Behandlung in unserem Land und fördern damit gleichzeitig die Anziehungskraft für andere.

Deswegen können wir aber nicht unsere humanen Maßstäbe aufgeben!

Die Fluchtursachen sind vielfältig und ebenso die Maßnahmen und die Möglichkeiten sind für eine wirksame Bekämpfung vielfältig und schwierig.

Immer wieder wird darauf verwiesen, dass die wachsende katastrophale Situation in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern von Syrien eine wesentliche Ursache für die Entwicklung in diesem Jahr ist.

Diese Situation war nicht unbekannt – aber sie hat uns nicht aufgeregt!

Noch schlimmer: Auch Ende 2015 sind diese Programme so unterfinanziert, dass es nicht einmal für eine ausreichende Ernährung reicht. Ein anhaltender Skandal, eine anhaltende Fluchtursache.

Die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ (Papst Franziskus) gegenüber dem wachsenden Elend ist eine wesentliche Ursache für die Dynamik dieser Entwicklung.

Auch jetzt ist die Situation in den Flüchtlingslagern katastrophal, sterben tausende Kinder – ohne dass es uns aufregt!

Die Weltgemeinschaft leistet auch jetzt nicht die notwendigen humanen Hilfestellungen – und wundert sich über die Flüchtlingsströme.

Zu den kurzfristig wirksamen Maßnahmen zählt deshalb nach wie vor die grundlegende Verbesserung der Lebensverhältnisse in diesen Lagern und der Zukunftspers-

spektiven für die Kinder durch Schulunterricht. Dass dabei realpolitisch schmerzliche Situationen für Verhandlungen mit Politikern autoritärer Regierungssysteme notwendig sind, zählt zu den Realitäten und schwierigen Abwägungen

Deshalb brauchen und dürfen wir nicht unsere Wertemaßstäbe aufgeben – können sie aber auch anderen nicht aufzwingen.

Es ist auch zu vordergründig, für alle Missstände in den Fluchtländern und der Situation in Afrika (Korruption, Stammeskämpfe u. a.) vor allem „den Westen“, die Geschichte des Kolonialismus usw. verantwortlich zu machen.

Vor der Kritik an den Verantwortlichen in anderen Ländern müssen wir aber eine kritische Selbstreflexion über die Auswirkungen unseres Handelns, unseres Verhaltens, unseres Konsums, unserer Handelsbeziehungen auf die Entwicklungschancen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge leisten.

Die Berichte über die Herstellung von Waren oder, vor allem mit Blick auf Afrika, die Gewinnung von Rohstoffen in diesen Ländern durch Konzerne, die ihre Zentralen und Entscheidungen in Europa oder sonst in der westlichen Welt haben, offenbaren skandalöse Zustände. Dies gilt nicht nur für die Produktion von Textilien in Asien und in anderen Regionen, es gilt auch für die Förderung von Rohstoffen, wie erst kürzlich ein Bericht über die Folgen der Ölförderung durch den Shell-Konzern in Nigeria dargelegt hat. Ganze Regionen werden verwüstet und Menschen werden ausgebeutet.

Zur notwendigen Gewissenserforschung gehört auch inwieweit unsere Handelsbeziehungen die Entwicklung der Wirtschaft in solchen Ländern behindert!

Zu einer Entwicklungsstrategie zählt die Förderung von Wertschöpfungsketten in diesen Ländern und nicht nur die Gewinnung günstiger Rohstoffe für die Wertschöpfung bei uns.

Zu den Fluchtursachen zählt auch der Klimawandel. Die Experten erwarten rasch wachsende Wanderungsbewegung, weil bisherige Lebensräume wegen Dürre, Überschwemmung von Inseln o. ä. die notwendigen Lebensgrundlagen verlieren.

Eine weitere und wesentliche Ursache sind der Zerfall staatlicher Strukturen. Eine bittere Folge des „Arabischen Frühlings“. Statt mehr Demokratie mehr Chaos und Terror.

Dies sind alles unbequeme Konsequenzen; wir müssen uns dieser Realität stellen, wenn wir die weitere Entwicklung mit Gestaltungskraft beeinflussen wollen.

Vor Jahren hat der damalige Bundespräsident Horst Köhler aufgrund seiner vielfältigen Erfahrungen schon formuliert, dass Afrika die Schicksalsfrage für Europa wird.

In den meisten Ländern Afrikas ist das Durchschnittsalter der Bevölkerung 25 Jahre. Die Dynamik des Bevölkerungswachstums begründet die Prognose einer Verdoppelung der Bevölkerung bis zum Jahr 2050.

Wenn die junge Generation in diesen Ländern keine Zukunftsperspektiven in ihren eigenen Ländern, Regionen, auf diesem Kontinent bekommt, wird eine Dimension der Flucht nach Europa beginnen, die auch bei noch so entschiedenen Abwehrmaßnahmen nicht beherrschbar ist.

Diese Einsicht sollte die Staaten und Völker der europäischen Gemeinschaft befähigen, eine gemeinsame Afrika-Strategie der Hilfe und der Entwicklung zu finden.

### *Krise des Rechtes?*

#### *Nationales Recht in einer entgrenzten Welt.*

Die Finanzkrise, die Krisen um den Euro, die Maßnahmen für die Stabilisierung kriegsgeschüttelter Länder wie Griechenland und andere, hat zu ernststen Spannungen zwischen geltendem Recht und politisch notwendig erscheinenden Rettungsmaßnahmen geführt.

Die für die Rettung notwendigen pragmatischen Entscheidungen führten immer wieder zu schwierigen Grenzsituationen rechtsstaatlichen Denkens und Handelns.

Der Flüchtlingsstrom hat die Situation nochmals massiv verschärft.

Nationales Recht und nationales Handeln, etwa im Bereich der Grenzsicherung, wurde auf internationales Recht und internationales Handeln verlegt – und dann ist diese Regelung politisch zusammengebrochen. Die Abkommen von Schengen (Grenzkontrollen) und Dublin (Asylrecht) sind wirkungslos geworden. Diese Situation prägte die Entwicklungen.

Die Souveränität des Staates, die Handlungsfähigkeit des Staates, ist damit im Selbstverständnis und im konkreten Handeln schwer belastet.

Wenn daraus ein allgemeiner Vertrauensschwund in die Rechtsstaatlichkeit und in die Handlungsfähigkeit des Staates erwächst, ist dies weit über das Thema Flüchtlinge hinaus eine gefährliche Entwicklung. Hier geht es also um wichtige Fragestellungen, die einer Klärung, einer sorgfältigen Auseinandersetzung bedürfen. Die internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten als Realität und die Rolle des nationalen Rechts in dieser entgrenzten Welt – das ist ein großes und klärungsbedürftiges Spannungsfeld. Es geht um Grundlagen des Rechtsstaats.

Die „Herrschaft des Rechtes“ ist das Fundament der Freiheit. Darauf wird immer wieder zu Recht verwiesen.

### *Die Zukunft Europas steht auf dem Spiel*

Franz Josef Strauß hat formuliert: „Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“. Die europäische Einigung ist für Deutschland und die Rolle Europas in der Welt unverändert wichtig.

Deshalb beunruhigt mich sehr, wie rasch angesichts der schwierigen Situation und der schmerzlichen Erfahrungen mit Europa nicht wenige die Bedeutung und die Zukunft der Europäischen Union schnell zur Disposition stellen. Schleichende Erosionsprozesse und zentrifugale Kräfte sind seit längerem spürbar. Der Desintegrationsprozess hat vielfältige und tiefergehende Ursachen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, um die Entwicklungen zu verstehen und notwendige Veränderungen in der Europapolitik konzeptionell zu entwickeln.

Zu den Ursachen gehört eine Entwicklung, die weltweit spürbar ist: Angst vor Identitätsverlust.

Die Unübersichtlichkeit der Globalisierung, der Druck der westlichen Konsumgesellschaft auf andere Kulturen und Gesellschaften, weckt Gegenkräfte.

Immer häufiger taucht der Vorwurf der Fremdbestimmung durch Entscheidungen der europäischen Ebene auf. Dies ist vor allem für die postkommunistischen Länder ein sensibles Thema. Nach der Fremdsteuerung aus dem Kreml beklagen sie nun eine Fremdsteuerung aus Brüssel. Politiker dieser Länder haben europäische Regelungen befürwortet, weil im eigenen Land nicht die Kraft für notwendige Reformen und Weiterentwicklungen gegeben war. Das mobilisiert jetzt aber kulturelle Gegenkräfte.

Auch in Deutschland ist ein Entfremdungsprozess zur Europäischen Union seit langem im Gange, der in den technokratisch und ökonomisch nachvollziehbaren Mechanismen der Vereinheitlichung von Regeln nach den Maßstäben des Binnenmarktes seine Ursache hat. Die Menschen haben aber zunehmend das Gefühl, im eigenen Lebensraum immer mehr die notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten zu verlieren.

Die Gesellschaften in den östlichen Mitgliedsländern mussten sozial, kulturell und politisch innerhalb von einem Jahrzehnt Veränderungen verarbeiten und verkraften, die sich bei uns in einem Zeitraum von fünf Jahrzehnten entwickelt haben. Die Geschichte einiger Länder ist von Konflikten mit und zwischen Minderheiten geprägt.

Die politischen Veränderungen zeigen sich aktuell in einem „Rechtsruck“ in Polen und einem „Linksruck“ in Portugal. Der gemeinsame Nenner beider Entwicklungen ist das Verlangen nach mehr nationaler Selbstbestimmung. In vielen, wenn nicht den meisten Mitgliedsländern der Europäischen Union wächst der Rechtspopulismus, ja ein neuer Nationalismus.

Auf diese Entwicklungen müssen konzeptionell Antworten entwickelt werden, die das Lebensgefühl der Menschen mit all diesen Ängsten und Bedürfnissen aufnehmen.

Deswegen muss offen über eine neue Balance der Bejahung von Vielfalt und notwendiger Einheit diskutiert werden.

Das Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre und der Föderalismus können dafür eine Grundorientierung sein.

Zu den Realitäten gehört, dass Europa in den Mitgliedsländern sozial und kulturell immer ausgeprägtere Ungleichzeitigkeiten verarbeiten muss.

*Deutschland: Aus der angenehmen Nische in eine unbequeme und anspruchsvolle Rolle der Verantwortung in Europa und in der Welt*

Deutschland ist in den letzten Jahren in der Europäischen Union eine Führungsrolle zugewachsen, wie es in der Geschichte der EU noch nie war und auch noch nie erwünscht war.

Aus der früher gefürchteten Dominanz Deutschlands ist die Erwartung an die Führungsrolle geworden.

Allein der Gedanke, dass die deutsche Politik in dieser Rolle ausfallen würde, macht schlagartig deutlich, wie führungslos Europa dann wäre. Mit kaum vorstellbaren Konsequenzen.

Dies hat sich schon in den Krisen der letzten Jahre, Finanzkrise, Euro-Krise, Stabilisierung von Mitgliedsländern durch Finanzhilfen, gezeigt.

Mit dem Zustrom an Flüchtlingen / Migranten und der jüngsten Entwicklung im internationalen Terror ist dies nochmal schwieriger und anspruchsvoller geworden. Die jüngsten Entscheidungen für ein koordiniertes Vorgehen im Bündnis mit entsprechender Beteiligung Deutschlands gegen den IS macht die veränderte Lage drastisch sichtbar.

Die internationalen Aufgabenstellungen für Deutschland werden noch viele Auswirkungen und Konsequenzen für unsere Außenpolitik und unsere Innenpolitik haben, einschließlich der Prioritäten in den Haushalten.

Dabei geht es immer und vor allem auch um unsere eigene Zukunft.

### *Die neue Dimension des Terrorismus*

Der Terrorismus ist keine neue Erscheinung, sondern hat eine längere Spur der Entwicklungen. Mit den Selbstmord-Attentätern entwickelten sich neue Dimensionen.

Wir haben dies immer wieder verdrängt. Solange wir nicht in unmittelbarer Nachbarschaft oder bei uns betroffen sind.

Die Terroristen, die die Flugzeuge in die Tower in New York steuerten, haben in Hamburg gelebt. Sie und andere Terroristen dieser Generation haben an Universitäten in Europa studiert. Woher stammt und woraus entwickelt sich dieser Hass gegen die Gesellschaften, aus denen sie selbst stammen?

Zu den Zeichen unserer Zeit zählt, dass der Fundamentalismus und der aggressive Nationalismus weltweit zunehmen.

Warum entwickeln fundamentalistische Ideologien eine solche Anziehungskraft?

Navid Kermani gibt zu bedenken: „Fundamentalistische Lebensentwürfe sind so attraktiv, weil sie die Menschen mit dem versorgen, was ihnen in der modernen, globa-

lisierten Welt am meisten fehlt: Eindeutigkeit, verbindliche Regeln, feste Zugehörigkeiten – eine Identität.“ („Wer ist Wir“).

Keine Entwicklung, keine Fehlentwicklung, kein Problem rechtfertigt aber das Töten, die Grausamkeiten, die Brutalität.

Der international organisierte Terror, das weit verzweigte Netzwerk des brutalen IS ist dabei, die Weltpolitik und die Befindlichkeiten in unseren Gesellschaften zu verändern. Die Strukturen des IS müssen wirksam bekämpft werden. Aber damit ist der Geist des Hasses, der Brutalität nicht ausgelöscht, sind die Selbstmord-Attentäter nicht verschwunden.

Die Terroristen, die sich dabei auch noch auf den Islam berufen, sind eine Belastung für die Situation der Muslime in Deutschland und in Europa. Es ist und bleibt aber falsch die Flüchtlingsströme nun mit dem Terrorismus in einen Zusammenhang zu stellen.

Die Terroristen sind mit ihrer Infrastruktur auf das Mitschwimmen im Flüchtlingsstrom nicht angewiesen und sie beziehen daraus nicht ihre Motivation.

Zu der Auseinandersetzung mit den Ursachen des Terrorismus gehört aber auch die Situation, dass der radikale Islam, der von Ländern wie Saudi Arabien geistig und finanziell gefördert wird, der Ausgangspunkt ist.

Es wird Zeit, dass wir uns trotz mancher wirtschaftlicher Interessen mit der Rolle Saudi Arabiens und anderer Staaten im arabischen Raum offen auseinandersetzen.

### *Mit Selbstvertrauen den Wandel gestalten*

Nur mit einer entsprechend offenen und strukturierten Debatte über Entwicklungen und deren Ursachen, über Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, über die Wertorientierung für unser Handeln, über die Zukunftsperspektiven unserer Gesellschaft und unseres Landes, können wir Ängste überwinden und wirksam gestalten.

Wenn wir die Aufgaben mit Selbstvertrauen, Realismus und mutigem Engagement anpacken, werden wir diese Aufgabe auch gut gestalten können.

Die Generationen vor uns und die Menschen in den meisten Ländern mussten und müssen härtere und schwierigere Situationen meistern.

Hörzing, Anfang Dezember 2015

Alois Glück

buero@aloes-glueck.de